Es geht! UmSteuern
- in Bildung investieren! Nr 13

Kreisverband Hanau - Kreisverband Gelnhausen

Steuern zahlen ?

– „Wir sind doch nicht blöd!“ sagen sich Deutschlands Reiche

Fast ist es geschafft, bald werden sich Deutschlands Unternehmen und Reiche endgültig aus der Finanzierung des Staates verabschiedt haben.

Die massiven Steuergeschenke für Deutschlands Reiche und Unternehmen gehen munter weiter, nahtlos knüpft die rot-grüne Bundesregierung an die Politik der Kohl-Regierung an: hatte diese schon die Vermögenssteuer abgeschafft (letzte Einnahme 1997 ca. 10 Mrd. DM)[1], ist nun durch die faktische Abschaffung der Körperschaftssteuer ein weiterer entscheidender Schritt zur Begünstigung der Reichen und Vermögenden getan.

Während noch im Jahr 2000 diese Steuer dem Staat Einnahmen in Höhe von 46,1 Mrd. DM bescherte, sank diese Steuerart im Jahr 2001 auf – 0,8 Mrd. DM,.[2] Mit anderen Worten, die Finanzämter haben bei der nun möglichen Verrechnung der Körperschaftssteuer mit Steuereinnahmen der vergangenen Jahre mehr an die Unternehmen zurückerstattet als eingenommen – ein trauriger Rekord!

Möglich wurde dieser Skandal durch Veränderungen der Steuergesetze, wie die Senkung des Körperschaftssteuertarifs von 40 auf 25 % sowie die Senkung des Steuersatzes auf ausgeschüttete Gewinne auf nur noch 30 %.

Weitere 37 Mrd. Guthaben lagern noch in Deutschlands Unternehmen: Diese früher mit 40 % zu versteuernden Profite wurden in den Bilanzreserven als längst verbuchte Gewinne gebunkert und werden nun zu dem verminderten Steuersatz an die Aktionäre ausgeschüttet - da die gesetzlich zulässige Übergangsfrist 15 Jahre beträgt, können derartige Rückzahlungen weiterhin geltend gemacht werden – welch rosige Aussichten![3]

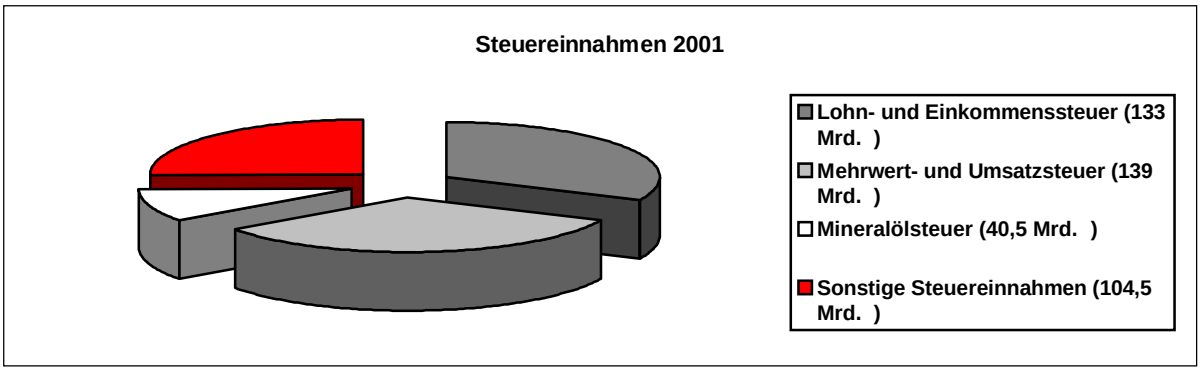
Und die Steuergeschenke werden auch in diesem Jahr fortgesetzt: Am 1.Januar 2002 folgte noch die Steuerbefreiung für Gewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und für Dividenden, die eine Kapitalgesellschaft an eine andere im Inland ausschüttet – Deutschlands Unternehmen werden noch größere Räder drehen, Monopoly-Spielen gehört für die Wirtschaftsbosse zum Alltag, aber der Staat soll keinen Cent mehr erhalten. Und den wenigen, an diesen Themen interessierten Menschen wird man weiterhin vorgaukeln, dass durch diese Steuergeschenke die entscheidenden Wachstumsimpulse erfolgen werden, die Deutschlands Wirtschaft nach vorne in den Aufschwung puschen und die Arbeitslosigkeit beseitigen werden. Pro-

[1] Frankfurter Rundschau 16.12.1999
[2] Frankfurter Allgemeine Zeitung 03.02.2002
[3] Der Spiegel 20.01.2002

tagonist dieser These ist u.a. der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Heribert Zitzelsberger, der vor seiner Berufung in die Bundesregierung Steuerabteilungsleiter des Bayer-Konzerns war – alles Zufall oder was?

Zwar stiegen die Steuereinnahmen auf Zinserträge und Dividendenausschüttungen (die bei Privatpersonen anfallen) an, diese zusätzlichen Einnahmen gleichen aber den Verlust durch den faktischen Wegfall der Körperschaftssteuer nicht aus.

Die gesamten Steuereinnahmen des Staates beliefen sich im Jahr 2001 auf ca. 417 Mrd. , **aber ¾ davon werden durch nur 3 Steuerarten finanziert, die hauptsächlich Arbeitnehmer und Verbraucher tragen (siehe Grafik).**



Immer mehr tragen Arbeitnehmer und Verbraucher die Hauptlast bei der Finanzierung des Staates: Trotz der vollmundig verkündeten Entlastung der Arbeitnehmer durch die Tarifsenkung im Rahmen der Steuerreform ging das Aufkommen aus der Lohnsteuer nur um 2,3 % zurück, sicher ist, dass dieser minimale Rückgang durch die progressionsbedingten Belastungen schon bald wieder ausgeglichen sein wird.[4]

Und schon gibt es weitere Pläne zur steuerlichen Entlastung einzelner Steuerzahler: Wenig überraschend hat der FDP-Wirtschaftsminister von Hessen, Dieter Porsch, niedrigere Steuern für die offenkundig am Existenzminimum darbende Schicht der Investmentbanker gefordert; mit der Schlagzeile: „Der Finanzplatz Frankfurt ist in Bedrängnis“ schließt sich der CDU-Wirtschaftsrat dieser Forderung an und schlägt vor, dass diese notleidenden Banker künftig 5 Jahre lang lediglich den international üblichen reduzierten Einkommenssteuersatz zahlen sollen, wie er etwa in London zu entrichten sei.[5] Und noch vor 2006 soll der Spitzensatz der Einkommenssteuer auf unter 40 % gesenkt werden. Wenig überraschend schloss sich der CDU-Ministerpräsident Hessens, Roland Koch, dieser Forderung mit der Formulierung an „ es zeigt sich, dass Londoner die Versetzung nach Frankfurt wegen der Steuernachteile

[4] Frankfurter Rundschau 01.02.2002
[5] Frankfurter Allgemeine Zeitung 06.02.2002

scheuen. Deshalb befürworten wir steuerliche Erleichterungen für Ausländer, die für drei bis fünf Jahre hierher versetzt werden.“ [6]

Eine besonders negative Folgeerscheinung dieser Politik der Steuergeschenke für die Bosse ist der dramatische Einbruch bei der **Gewerbesteuer**, einer der wichtigsten Steuern zur Finanzierung der Kommunen; hier einige Beispiele:

Kommune	**Gewerbesteuereinnahmen 2000**	**Gewerbesteuereinnahmen 2001**
Frankfurt am Main	2,03 Mrd. DM	1,27 Mrd. DM
Großkrotzenburg	7 Millionen DM	1 Million DM [7]
Hanau		- 20 Millionen [8]

Nahezu grotesk wird dieses System, wenn Mehreinnahmen auf der Seite des Bundes zu weiteren Verlusten bei den Kommunen führen: So erzielte der Bund durch die im August 2000 erfolgte Versteigerung der UMTS- Lizenzen der neuen Handy-Generation einmalige Mehreinnahmen in Höhe von 51 Mrd. [9], die Abschreibung dieser hohen Ausgaben durch die Telefongesellschaften führt aber bei Ländern und Gemeinden zu Steuerausfällen in Höhe von 5 Mrd. bei Körperschafts- und Gewerbesteuer ![10]

Da Städte und Landkreise als Schulträger für Bau, Unterhalt und Ausstattung der Schulen zuständig sind, kann man sich unschwer vorstellen, welche Auswirkungen diese Steuermindereinnahmen haben werden – nun ist zu befürchten, dass dafür noch weniger Geld zur Verfügung stehen wird !

Klar ist: Der Staat muss endlich dafür sorgen, dass sich alle Gruppen und Personen ihren Möglichkeiten entsprechend an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligen. Die Besteuerung der Unternehmen, der Reichen und Vermögenden in diesem Land ist so zu gestalten, dass diese einen deutlich höheren Beitrag leisten – die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Neuordnung der Erbschaftssteuer und echte Steuerprüfungen sind erste, aber dringend notwendige, längst überfällige Schritte.

Aber der Widerstand ist groß, alle Möglichkeiten der Steuerverkürzung , Steuervermeidung und Steuerhinterziehung werden propagiert und genutzt: In einer 8-teiligen Serie im Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde in den letzten Monaten von Steuerexperten schon in den Überschriften ausführlich dargelegt, „ wie man den Fiskus bei der Erbschaftssteuer enterben kann „ und „ wie man auch zu Weihnachten dem Fiskus ein Schnippchen schlagen kann“ [11] An konkreten Beispielen wird detailliert vorgemacht, wie Erbangelegenheiten „erbschaftssteuerschonend“ so geregelt werden können, dass der „Fiskus in die Röhre„ guckt. [12]

Und der Präsident des Bundesamtes für Finanzen, Jochen Wendelstorf, kündigt einen verschärften Kampf gegen den Betrug bei der Umsatzsteuer an, den er für Einnahmeausfälle in Höhe von rund 10 Mrd. ver-

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.02.2002
[7] Der Spiegel 20.01.2002
[8] Frankfurter Rundschau 21.01.2002
[9] Der Focus Nr. 7/2002
[10] Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.01.2002
[11] Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.01.2002
[12] Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.12.2001

antwortlich macht, [13] um wenigstens im Bereich der Steuerkriminalität die schlimmsten Auswüchse einzudämmen.

Da kann man nur noch den Kämmerer von Gelsenkirchen, Rainer Kampmann, zitieren, der angesichts der Tatsache, dass in seiner Stadt nur noch jedes vierte Unternehmen Gewerbsteuer zahlt, schon fast resignierend erklärt: „ Das ganze System ist faul „. Und selbst ein des Klassenkampfs unverdächtiger Politiker wie der CSU-Bürgermeister von Starnberg, Heribert Thallmair, stellt fest: „Die Konzerne denken nur noch an die Befriedigung ihrer Aktionäre – und an sich selber.“ [14]

Auch beim CDU-Finanzminister des an sich noch wohlhabenden Bundeslandes Hessen, Karlheinz Weimar, führen die dramatischen Einbrüche der Steuereinnahmen zu ganz neuen, unerwarteten Erkenntnissen:

Einnahme Hessen Körperschaftssteuer 2000	**Einnahme Hessen Körperschaftssteuer 2001**	**Rückgang der Körperschaftssteuer in Hessen**
2.250,4 Mrd. DM	**0,342 Mrd. DM**	**- 1,91 Mrd. DM** [15]

„ Dieser Einbruch ist historisch ein Minusrekord und offenbart den schwerwiegendsten Systemfehler der Steuerreform. Die großen Unternehmen beteiligen sich praktisch nicht mehr an der Finanzierung des Staates, der sich wiederum zunehmend einseitig auf die Lohn- und Einkommensteuerzahler stützt“ , kritisierte Weimar. [16]

Geld ist genug da – alleine das Reinvermögen der deutschen Privathaushalte beträgt nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Banken die nur schwer vorstellbare Zahl von rund 7,5 Billionen !

In einem modernen Staat muss dem Steuerprinzip wieder Geltung verschafft werden: Alle, die die Vorteile unseres Staates genießen, sollen auch Steuern bezahlen – nicht auf einen Solidarbeitrag der Wohlhabenden hoffen, sondern ihn durch klare Steuergesetze und deren konsequente Durchsetzung abverlangen !

Mach mit: Wir brauchen noch Mitstreiter.

Kontakt:

Heinz Bayer	☎ 06181-81302	Christa Czech	☎ 06053-2303
Ingrid Engelbart	☎ 06058-1460	Klaus-Dieter Leetz	☎069-435154
Jürgen Skiba	☎ 06181-62914	Manfred Wagner	☎ 06181-26597

[13] Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.01.2002
[14] Der Spiegel Nr. 35/2001
[15] Presseerklärung des Hessischen Finanzministeriums vom 20.02.2002
[16] Presseerklärung des Hessischen Finanzministeriums vom 20.02.2002